

GEW zur „Schulentwicklungsplanung in Rheinland-Pfalz“

Beschluss des Landesvorstandes vom 28. November 2007

Vorbemerkungen:

Am 28. Oktober 2007 wurde das - aus Sicht der GEW zukunftsweisende - **„Hamburger Programm“** der SPD verabschiedet. Darin heißt es in **Ziffer 3.8 „Bessere Bildung, kinderfreundliche Gesellschaft, starke Familien“** in den Abschnitten **„Bildung für alle“** und **„Gemeinsam lernen“**:

„Der Staat hat dafür zu sorgen, dass alle den gleichen Zugang zu Bildung haben, unabhängig von ihrer Herkunft ... Bessere Bildung verlangt höhere Ausgaben. Sie haben als Investition in Menschen Priorität ...“

„Über Bildungswege und -chancen wird in unserem Bildungssystem zu früh entschieden. Wir werben daher für ein Schulsystem, in dem Kinder so lange wie möglich zusammen und voneinander lernen. Dies ist am besten zu erreichen in einer gemeinsamen Schule bis zur zehnten Klasse. Wir wollen gemeinsames Lernen verbinden mit besserer individueller Förderung. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass dies nicht nur den Lernschwachen, sondern auch den Lernstarken zugute kommt. Nur so lässt sich die Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft aufbrechen. Deutschland braucht mehr soziale Durchlässigkeit im Bildungswesen.“

Stellungnahme:

Nur zwei Tage nach der Verabschiedung des „Hamburger Programms“, nämlich am 30. Oktober 2007, hat das MBWJK seine Pläne zur „Weiterentwicklung der Schulstruktur in Rheinland-Pfalz“ vorgelegt. Damit sollen wohnortnahe Bildungsangebote bei

rückläufigen Schülerzahlen erhalten bleiben und dem Elternwunsch auf die Option einer Sekundarstufe II bei der Wahl der weiterführenden Schulen entsprochen werden.

Die Weiterentwicklung des Unterrichts für heterogene Lerngruppen, die individuelle Förderung aller Leistungsprofile im gemeinsamen Unterricht, wird mit dieser Reform nicht vorangetrieben werden.

Umfassend verstandene Integration als vorrangiges und notwendiges Ziel des Bildungssystems ist – im Gegensatz zum kürzlich beschlossenen Parteiprogramm der SPD – in diesem Papier nicht festgeschrieben. Im Gegenteil: Mit der „Zusammenführung“ von Haupt- und Realschulbildungsgang lediglich in kooperativer Form wird das zergliederte, aussortierende und sich in sozialer Schieflage befindende Schulsystem beibehalten.

Denn nach wie vor:

- werden SchülerInnen während der Grundschule in Förderschulen abgeschult,
- werden alle SchülerInnen nach der Grundschule auf Gymnasien, Integrierte Gesamtschulen oder „Realschule Plus“ verteilt,
- werden SchülerInnen in der Sekundarstufe I vom Gymnasium an die „Realschule Plus“ abgeschult, d. h., es wird auch weiterhin billigend in Kauf genommen, dass Gymnasien sich ihrem Förderauftrag entziehen dürfen,
- werden die SchülerInnen in der „Realschule Plus“ nach der Orientierungsstufe in einen Hauptschul- und Realschulbildungsgang sortiert,
- werden die Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen weiterhin

das „Auffangbecken“ für vermeintlich gescheiterte SchülerInnen sein,

- entsteht durch die Einführung der zweiten Fremdsprache in Klasse 6 (vgl. neue Stundentafel) die Gefahr, dass keine „Gemeinsame Orientierungsstufe“ über die Schularten hinweg gebildet werden kann,
- wird das vorliegende Konzept zur Schulentwicklung bereits bestehende gemeinsame Orientierungsstufen zwischen Realschulen und Gymnasien gefährden.

Der GEW Rheinland-Pfalz ist es vor dem Hintergrund des „Hamburger Programms“ der SPD auf Bundesebene unverständlich, dass die alleinregierende SPD in Rheinland-Pfalz diesen Beschluss nicht umsetzt und den Umbau des zergliederten Schulsystems zum längeren gemeinsamen Lernen für alle SchülerInnen nicht einleitet.

Die GEW erwartet von einem zukunftsweisenden und sozial gerechteren Schulsystem

- das Recht auf 10 Jahre gemeinsame schulische Bildung für alle SchülerInnen und damit die Abschaffung des Bildungsgangs Hauptschule,
- den flächendeckenden Ausbau und die Weiterentwicklung der Integrierten Gesamtschulen ohne verpflichtende äußere Fachleistungsdifferenzierung,
- den Ausbau des gemeinsamen Unterrichts von behinderten und nicht behinderten SchülerInnen an allen Schulen,
- bei Schulneugründungen oder -zusammenführungen von Schulen im Rahmen des vorliegenden Konzepts, diesen den Auftrag der Schwerpunktschule zu erteilen,
- die Weiterentwicklung der Gymnasien, sodass dort alle aufgenommenen SchülerInnen zu verschiedenen Abschlüssen geführt und nicht abgeschult werden können,
- zwei gleichwertige Wege zur allgemeinen Hochschulreife über Gymnasium und IGS sowie über die berufliche Bildung an den Berufsbildenden Schulen,
- eine Lehrerbildung, in der künftige LehrerInnen Kompetenzen erwerben, die sie befähigen, in heterogenen Lerngruppen unterrichten und individuelle Förderung,

wie im Schulgesetz gefordert, praktizieren zu können.

Die Erweiterung der „Realschule Plus“ um den Bildungsgang der Fachoberschule ist weder berufsbildungspolitisch noch pädagogisch durchdacht und stellt einen gravierenden Systembruch in der beruflichen Bildung dar.

Die Fachhochschulreife wird bisher an den Berufsbildenden Schulen entweder in Vollzeit oder in Teilzeit (ausbildungs- und berufsbegleitend) erworben. Mit der Ansiedlung einer berufsorientierten Fachhochschulreife an der neuen Schulform „Realschule Plus“ wird ein wichtiges Element der „Höherqualifizierung durch berufliche Inhalte“ aus der Sekundarstufe II im Berufsbildungssystem herausgenommen und damit das gesamte Berufsbildungssystem abgewertet. Bisher sind die Schulplätze an den Schulformen der BBS, an denen die Fachhochschulreife mit beruflichen Inhalten erworben werden kann (Berufsoberschule, höhere Berufsfachschule, berufliche Gymnasien) durch numerus clausus begrenzt. Wieso schafft man eine neue konkurrierende Schulform, um mehr junge Menschen zur Fachhochschulreife zu führen, statt die Kompetenzen der KollegInnen und die Fachräume an den Berufsbildenden Schulen zu nutzen und dort die Schulplätze dafür auszuweiten?

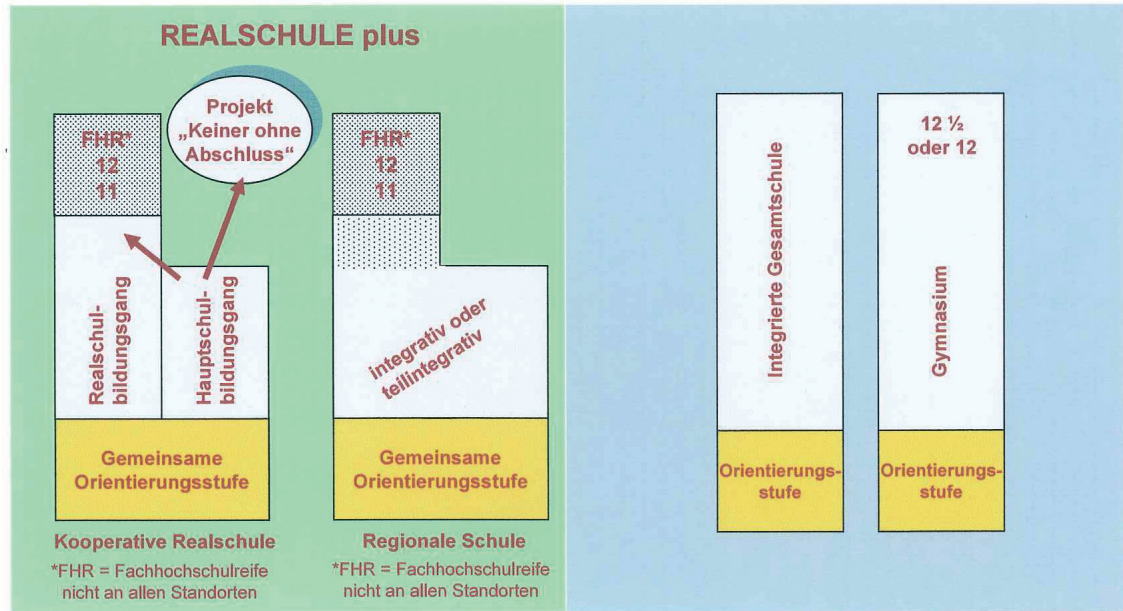
Die GEW fordert die SPD-Landtagsfraktion und die Landesregierung auf, dieses noch unausgeformte und halbherzige Konzept zu überdenken und eine Schulreform vorzulegen, die alle Schularten in die Weiterentwicklung für ein längeres gemeinsames Lernen einbezieht.

Sollte die „Realschule Plus“ - entsprechend dem Konzept des Ministeriums - eingeführt werden, sind aus Sicht der GEW erhebliche Investitionen in die personellen und sächlichen Rahmen- sowie in die Lern- und Arbeitsbedingungen erforderlich.

Deshalb müssen im Rahmen der Umstrukturierungsmaßnahmen

- ein Konzept für die erforderlichen Personalmaßnahmen entwickelt werden,

Das neue rheinland-pfälzische System auf einen Blick: Zweigliedrigkeit mit PLUS



Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur



- Besoldung und Deputate der betroffenen Lehrkräfte angeglichen werden,
- zur Umsetzung von Fördermaßnahmen, zur Intensivierung der Elternarbeit und für eine gelingende Kooperation unter den Lehrkräften die Lehrerstundenzuweisung erhöht und die Beratungstätigkeit von Lehrerinnen und Lehrern als Teil des Deputats bewertet werden,
- erhebliche Unterstützungs- und Fortbildungsmaßnahmen zur Umgestaltung von Schulen sowie zur Entwicklung gemeinsamer Konzeptionen geleistet werden,
- die Beteiligten vor Ort - insbesondere die Schulen und Schulträger - in Strukturveränderungen (Schulentwicklungsplänen), bei denen die Errichtung von Integrierten Gesamtschulen Priorität haben muss, einbezogen werden; Entscheidungen dürfen nicht ohne die Kollegien getroffen werden!

Nähere Erläuterungen zu den Ablehnungsgründen aus der Sicht der Berufsbildenden Schulen:

- Die Lehrenden der Berufsbildenden Schulen verfügen in ihren Fachgebieten sowohl über eine fundierte Ausbildung als auch über langjährige Erfahrung. Diese Kompetenzen können sich Lehrkräfte ohne entsprechende Lehrbefähigung nicht in einem „Crash-Kurs“ aneignen.
- Um Anzahl und Ausstattung der Fachpraxisräume an den Berufsbildenden Schulen auf dem erforderlichen Niveau zu halten, wurden in den letzten Jahren erhebliche Investitionen getätigt. Dadurch konnten die in Vollzeit beschulten SchülerInnen die angestrebten Handlungskompetenzen in adäquater Maße entwickeln. Entsprechende Räume sind an den Realschulen plus nicht vorhanden.

- Die BBS besitzt ein kooperatives Netzwerk mit außerschulischen Partnern. Dadurch sind wir Bindeglied zwischen SchülerInnen und Betrieben. SchülerInnen können dadurch leichter in Ausbildung bzw. Beschäftigung vermittelt werden.
- Die Frage, wo die „VerliererInnen“ der Sekundarstufe I - und die wird es trotz aller individueller Förderung, wie wir in anderen Ländern mit einer nicht gegliederten Sekundarstufe I sehen können, auch in Zukunft geben - am besten gefördert werden können, muss allein aus der Sicht der SchülerInnen beantwortet werden. Wir sind der Meinung, dass im Zweifel die BBS besser in der Lage ist diesen SchülerInnen eine zweite Chance auf eine Berufsausbildung - notfalls auch einfach auf eine Beschäftigung – zu geben als die Schulen der Sekundarstufe I, die mit Berufsbildung nichts und mit der Arbeitswelt viel weniger zu tun haben als die BBS.
- In den letzten Jahren haben die berufsbildenden Schulen ein umfassendes Strukturkonzept entwickelt und umgesetzt, mit dem den veränderten Anforderungen der SchülerInnen und des Beschäftigungssystems Rechnung getragen wird: Reform des Berufsvorbereitungsjahres (insbes. Qualifizierungsbausteine), der Berufsfachschule I und II, der Berufsoberschule I und II und der höheren Berufsfachschulen sowie ein Lernbausteinkonzept, mit dem es Auszubildenden und ArbeitnehmerInnen ermöglicht wird sich ausbildungs- oder berufsbegleitend höher zu qualifizieren. Diese Strukturreformen werden mit der geplanten Reform der Sekundarstufe I ad absurdum geführt.

Mainz, 28. November 2007

Erklärung des Koordinierungsvorstandes der GEW (13./14.12.2007)

Der Koordinierungsvorstand der GEW lehnt das in dem Aufruf „Schluss mit dem Streit!“ in der ZEIT vom 22. November 2007 geforderte „Zwei-Wege-Modell“ ab.

1. Das „Zwei-Wege-Modell“ löst nicht die grundlegenden Probleme des gegliederten Schulsystems.

Die frühe soziale Auslese, die mangelnde Durchlässigkeit, der unzureichende Umgang mit der Heterogenität der Schülerschaft sowie das enge Zeitkorsett der Halbtagschule in Deutschland sind in dieser Kombination weltweit einmalig. Die Krise des deutschen Schulsystems beschränkt sich keineswegs nur auf die Hauptschulen. Auch die Gymnasien bringen international betrachtet nicht ausreichend Spitzenleistungen hervor. Zudem produziert unser Schulsystem massenhaft Bildungsarmut. Jeder fünfte (!) Schüler in Deutschland kann nicht gut genug lesen, um sich später in Beruf und Gesellschaft zurechtzufinden. Das Recht auf gute Bildung für Alle, als wichtige Voraussetzung für eine umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wird nicht gewährleistet. Auch der demographische Wandel und der bereits spürbare Fachkräftemangel zeigen deutlich, dass wir uns ein solches ineffizientes Schulsystem nicht mehr leisten können. Aus Wissenschaft, Politik und nicht zuletzt aus der Wirtschaft kommt daher zunehmend der Ruf nach einer neuen Schulkultur - weg von der Auslese hin zur individuellen Förderung.

2. Das Zwei-Wege-Modell klammert das schwerwiegendste Problem des deutschen Schulsystems aus: die international fast einmalig frühe soziale Auslese, die schon im Alter von zehn Jahren allzu oft Lebenswege und Berufsperspektiven der Jugendlichen festlegt.

Wir sehen in einem inklusiven Schulsystem, in der einen Schule

für alle, die angemessene Antwort auf die Krise des traditionellen Schulsystems. Die Merkmale eines inklusiven Schulsystems sind die konsequente Orientierung an der individuellen Förderung aller Kinder und Jugendlichen, eine Kultur der Wertschätzung und des gegenseitigen Respekts, die demokratische Teilhabe und Gestaltung von Schule sowie die Förderung von gesellschaftlichem Zusammenhalt, Verantwortung und Solidarität. Das inklusive Schulsystem hebt die wissenschaftlich nicht haltbare Trennung der Schülerinnen und Schüler nach der vierten Klasse auf und bietet damit für alle Kinder beste Entwicklungsmöglichkeiten. Das Scheitern auch nur eines einzigen Schülers soll und darf nicht in Kauf genommen werden.

3. Das Zwei-Wege-Modell enthält keine Perspektive für ein inklusives Schulsystem.

Die Forderung nach einem Recht auf gute Bildung für Alle gibt es seit vielen Jahren. Heute setzen auch der demographische Wandel und der Fachkräftemangel in Deutschland eine Debatte über die Mängel unseres Schulwesens in Gang. Wir müssen jetzt den Weg hin zu einem inklusiven Schulsystem beschreiten. Dieser Weg kann möglicherweise von Land zu Land, von Region zu Region und von Kommune zu Kommune anders aussehen. Denkbar ist der gemeinsame Übertritt von Grundschulklassen in eine Sekundarstufe, die kein Kind „abgibt“, die Weiterentwicklung und Neueinrichtung integrierter Gesamtschulen oder von Gemeinschaftsschulen. Wichtig ist, dass bestehende integrativ arbeitende Schulen (zum Beispiel Gesamtschulen) gestärkt werden und dass bei allen Zwischenschritten das Ziel - ein inklusives Schulsystem - nicht aus dem Blick gerät und Leitschnur politischen Handelns ist.